



Protest gegen die Unabhängigkeit*: „Mit Gegenregierung gedroht“

nur Moskauer Befehle aus. Nach unseren Vorstellungen sollten die sowjetischen Streitkräfte hier höchstens die gleichen Stationierungsrechte haben wie die amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik.

SPIEGEL: Ist das ein Kompromißangebot an Moskau? Sie könnten ja auch den Abzug der Truppen fordern.

GODMANIS: Mit der Stationierung sowjetischer Truppen werden wir uns abfinden müssen, die können nicht von einem Tag auf den anderen verschwinden.

SPIEGEL: Gibt es denn Zeichen, daß Moskau zu Verhandlungen bereit ist?

GODMANIS: Bislang waren die Gespräche in Moskau einseitige Veranstaltungen. Wir haben unsere Vorschläge unterbreitet, die andere Seite hat zugehört und vage etwas von einem besonderen Status für uns gemurmelt, möglicherweise in einer Konföderation. Aber das wurde uns nie offiziell angeboten, und davon steht auch nichts in den neuen Gesetzen über die Kompetenzverteilung zwischen Union und Republiken.

Esten, Letten und Litauer müssen jetzt ihre Konzepte miteinander abstimmen, denn einzeln haben die baltischen Staaten zu wenig Gewicht. Dann wird Moskau hoffentlich ernsthaft mit uns reden.

SPIEGEL: Haben Sie den Eindruck, daß Gorbatschow die baltischen Unabhängigkeitsbestrebungen überhaupt versteht?

GODMANIS: Davon bin ich überzeugt, denn er ist ja ein außerordentlicher Politiker. Er versteht das ganz genau. Er weiß, daß es sich hier nicht um das Werk von Extremisten handelt. Unser Parla-

ment hat mit mehr als Zweidrittelmehrheit für die Unabhängigkeitserklärung gestimmt.

SPIEGEL: Die Vollmachten des neuen sowjetischen Präsidentenamtes geben Gorbatschow das Recht, sich das Baltikum direkt zu unterstellen, die gewählten Präsidenten und Ministerpräsidenten abzusetzen, die Parlamente aufzulösen. Fürchten Sie, daß er seine Rechte nutzt?

GODMANIS: Das würde den Abschied von der Demokratie bedeuten, die ist dann nichts mehr wert. So hat sich Gorbatschow selbst in Litauen eine Grenze gesetzt.

SPIEGEL: Kann es zu einem Bürgerkrieg kommen?

GODMANIS: Die Russen, von denen ja viele in den Republiken an der Peripherie leben – hier in Lettland stellen sie beispielsweise mehr als 40 Prozent der Bevölkerung –, haben nie einen Krieg gegen andere Nationen angefangen. Rußland selbst hat bittere Erfahrungen, im Bürgerkrieg von 1918 bis 1922 starben Millionen Menschen. Stalin hat bei den Säuberungen 1937 unzählige Menschen schlachten lassen. Im Zweiten Weltkrieg schließlich verbluteten ebenfalls Zigmillionen Russen. Ich bin überzeugt, die Russen haben genug vom Bürgerkrieg. Andererseits: Die Letten wie auch die Litauer und Esten haben genug Erfahrung mit der Demokratie, besonders die ältere Generation. Das bedeutet, daß unsere Völker keinen Extremismus annehmen können oder wollen.

SPIEGEL: Welche Hilfe erwarten Sie vom Westen?

GODMANIS: Die westlichen Staaten behaupten, echte Demokratien zu sein – dann müssen sie sich auf die Seite der

Demokraten bei uns stellen. Wir haben in den baltischen Staaten demokratische Wahlen abgehalten, die Abgeordneten die Unabhängigkeit verkündet und Regierungen ihres Vertrauens gewählt. Das ist normale, konkrete Demokratie.

SPIEGEL: Warum, glauben Sie, ist die Anerkennung durch den Westen trotzdem ausgeblieben?

GODMANIS: Natürlich aus Opportunismus. Da wird darauf hingewiesen, daß von der Entwicklung in Rußland und dem Schicksal Gorbatschows viel mehr abhängt als von der Demokratie an der Ostsee. Das ist richtig, aber trotzdem Opportunismus.

SPIEGEL: Falls Moskau Lettland die volle Wirtschaftsautonomie anbieten sollte: Wären Sie bereit, innerhalb einer lockeren Konföderation der Sowjetunion anzugehören?

GODMANIS: Mit schönen Worten hat Moskau nie gespart. Voriges Jahr haben wir um die wirtschaftliche Autonomie gerungen, der Ministerrat der UdSSR hat dargelegt, wie diese Autonomie praktisch eingeführt werden sollte, doch das Vorhaben wurde auf Eis gelegt. Heute verfügen wir nicht einmal mehr über unsere Bankguthaben, die wurden Moskauer Kontrolle unterstellt. Verbal hat Moskau neue Rechte zuerkannt, real hat man uns wichtige Rechte entzogen.

SPIEGEL: Aber im Prinzip könnte sich Lettland mit einer Konföderation einverstanden erklären?

GODMANIS: Eine echte Konföderation kann nur aus dem Zusammenschluß unabhängiger, freier Staaten entstehen, die an der Konföderation freiwillig teilnehmen wollen. Daher ist es erst einmal wichtig, daß wir wieder Herr in unserem eigenen Haus werden.

— Bulgarien —

Schmutzige Knochen

Horror-Lager nach Hitlers und Stalins Vorbild: Bulgarien hatte, wie erst jetzt herauskommt, seinen Gulag.

Das erste Opfer am Tag meiner Ankunft war ein Mann aus Plowdiw. Er mußte aus der Reihe treten, sich mit dem Gesicht nach unten auf die Erde legen und wurde vor unser aller Augen mit Knüppeln erschlagen.

„Zuerst hat er geschrien und um Gnade gebettelt, doch die Bewacher haben nur laut gelacht. Dann schoß Blut aus dem Nacken des Mannes. Die beiden Offiziere, Lagerchef Oberstleutnant Nikola Gasdoff und sein sadistischer Vize

* Sowjetische Offiziere mit Plakaten vor dem lettischen Parlament in Riga; Plakat-Text oben: „Wir sind für die sowjetische Föderation“.

Zwatko Goranoff, schlugen noch, als der Mann schon längst tot war.“

Bojidar Witanoff, 47, der die Horror-Szene erstmals schildert, war Mithäftling und Augenzeuge. Als 18jährigen Schüler hatte man ihn in das berüchtigte „Arbeits-Erziehungslager“ Lowetsch, 130 Kilometer nordöstlich von Sofia, eingeliefert. Morgens um fünf klingelten mehrere mit Pistolen bewaffnete Männer an Witanoffs Wohnungstür: „Sie kamen in mein Zimmer gestürzt und schrien: Sie hören imperialistische Musik! Woher haben Sie die? Wo ist das Tonband? Gestehen Sie alles! Später, auf der Miliz-Wache am Boulevard Dondukoff, hat sich keiner mehr dafür interessiert.“

Jazz-Fan Witanoff war zuvor schon siebenmal von der Miliz festgenommen

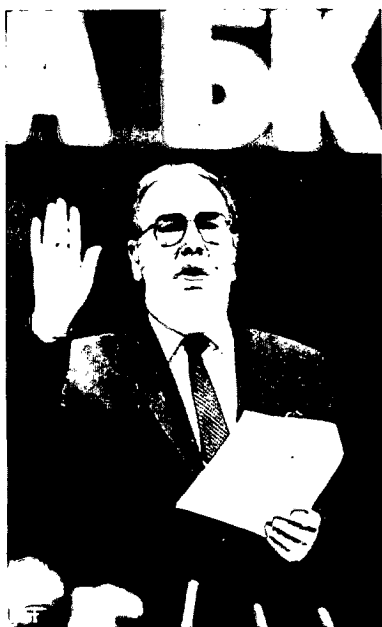
In den Jahren zwischen 1945 und 1962 unterhielt das Regime mindestens 20 solcher Umerziehungslager, die neue politische Opposition führt sogar 60 Lager auf. Alle waren nach nazideutschem Vorbild eingerichtet und betrieben worden. Häftlingsbaracken, Zwangsarbeit, Hungerrationen, Kapo-Bewacher, Zählappell, Tritte, Schläge, Quälereien und Mord beherrschten auch in Bulgarien den KZ-Alltag. Toten wurden sogar, wie bei den Deutschen, die Goldzähne herausgebrochen.

Berichte von Überlebenden mit präzisen Angaben über Opfer und Täter zwangen die noch immer regierenden Kommunisten, die sich Anfang April in „Bulgarische Sozialistische Partei“ (BSP) umbenannten, zur Flucht nach vorn.

schrecklichen Wahrheit sehr nahe kommt. Die Lager waren für Kriminelle und politisch gefährliche Personen errichtet worden, Übergriffe und Rechtsverletzungen seien auf die mangelnde Aufsicht durch die Behörden zurückzuführen. Als Hauptgrund für die Todesfälle werden „grobe Perversionen des Regimes, ständige Prügel und Verletzung der menschlichen Würde“ angegeben.

Mörder der Häftlinge waren laut Kommission in der Mehrheit „Kriminelle, ein Kreis grausamer Sadisten“. Zwar sind fast alle namentlich bekannt, aber kein einziger der sadistischen Täter wurde bisher festgenommen.

Die Bulgaren wühlen nun selber in ihrer Vergangenheit – und das im Wortsinne. Nach Hinweisen aus der Bevölke-



Staatspräsident Mladenoff, geöffnetes Massengrab: „Endlich einen Schlußstrich ziehen“

worden, wegen zu enger Jeanshosen, zu langer Haare oder weil er sich mit jungen West-Touristen im Musik-Café des Hotels „Bulgarija“ getroffen hatte. „Wahrscheinlich hat mich einer der Nachbarn verpiffen.“

14 Monate lang mußte er in den Steinbrüchen des Todeslagers Lowetsch schuften. „Wie durch ein Wunder“ hat er überlebt. Von den 1235 Gefangenen allein im Lager Lowetsch wurden nach offiziellen Untersuchungen 147 Häftlinge ermordet, nach Meinung der Überlebenden ist die wirkliche Zahl der Toten „mindestens dreimal so hoch“.

Ein halbes Jahr nach dem unblutigen Ende der Diktatur des starrsinnigen KP-Chefs Todor Schiwkoff beherrscht Vergangenheitsbewältigung die politische Debatte. Immer deutlicher enthüllen Horrormeldungen das Ausmaß des bulgarischen Gulag, der die Herrschaft der Partei absichern sollte.

Staatschef Petar Mladenoff, der am 10. November vorigen Jahres den erfolgreichen Putsch gegen Schiwkoff angeführt hatte, ließ – ganz im alten Stil – ohne Gerichtsbeschuß drei der für die Todeslager Hauptverantwortlichen verhaften.

Doch ihr Chef, der ehemalige Innenminister Georgi Tsankoff, blieb unbehelligt. Die Erklärung der Justiz: Der Mann sei zu alt, und zudem habe man dem Minister, „wie in sozialistischen Regimen üblich“, nie erzählt, was in den Lagern wirklich geschah.

Mladenoff setzte eine Untersuchungskommission aus Parlamentariern und Beamten des Innenministeriums ein, die freilich alle schon dem alten Regime gedient hatten. Kommentar der größten Oppositionszeitung *Demokrazija*: „Die Mörder richten über sich selbst.“

Im April legte die Kommission einen Zwischenbericht vor, welcher der

rung haben Oppositionsmitglieder überall im Land geheime Gräber geöffnet und die Skelette von Opfern ausgegraben, die 1944 nach dem Sieg der Roten Armee hingerichtet und verscharrt worden waren: Ärzte, Lehrer, Kaufleute und Künstler, aber auch angebliche Faschisten und Kollaborateure.

Fast täglich werden Gräber gefunden, in Wäldern, an Bahndämmen, in Mooren oder in verfallenen Häusern. Die neue sozialistische Staatsmacht mußte 20 000 willkürlich Hingerichtete eingestehen, die Opposition schätzt die Zahl auf mindestens 200 000.

Aus Angst vor neuen Enthüllungen hat Innenminister Atanas Semerdtschew unkontrollierte Ausgrabungen inzwischen verboten, angeblich um die Grabruhe der Toten zu schützen. Aber die Bulgaren lassen sich von dem Verbot nicht abschrecken. In der vorvergangenen Woche wurde in der Nähe des Dor-

fes Tran, nur wenige Kilometer vor der jugoslawischen Grenze, wieder ein Grab mit mindestens 30 Toten in einem versiegten Brunnen entdeckt.

Die stalinistischen Verbrechen der bulgarischen Kommunisten wurden das wichtigste Thema des Wahlkampfes. Am kommenden Sonntag können die Bulgaren über das erste freie Parlament seit 44 Jahren bestimmen. Die „Union der Demokratischen Kräfte“ (SDS), ein Wahlbündnis von 25 neuen Parteien und Bürgerbewegungen, wirft der ehemaligen Staatspartei BSP vor, sie weigere sich, die Verantwortung für die Blutschuld ihrer Vergangenheit zu übernehmen. Nach jüngsten Umfragen liegen die Sozialisten in der Wählergunst mit 44,5 Prozent weit vorn, gefolgt von der SDS mit knapp 26 Prozent der Stimmen.

Um ihre kleinbürgerliche Klientel nicht zu verunsichern, haben die Sozialisten ihre Vergangenheitsbewältigung unterdessen gebremst. Die Beschäftigung mit dem alten Regime, so ihr Parteiblatt *Duma*, nehme den Bulgaren den Elan, sich mit den komplizierten Problemen von Gegenwart und Zukunft zu befassen.

Eine Leserbriefkampagne unterstützte wie in alten Zeiten die neue Linie der Partei. „Es muß endlich Schluß gemacht werden mit der Nekromanie“, empörte sich ein treuer Genosse, „wichtiger als die alten Knochen ist Bulgariens Wirtschaftsreform.“ Ein anderer warnte: „Denken die jungen Leute, die jetzt mit den Gerippen Stimmung machen wollen, auch daran, daß unter diesen Skeletten mancher schmutzige Knochen ist, der das Vaterland verraten hat?“

Die drei für die Todeslager verantwortlichen Politiker wurden inzwischen aus der Untersuchungshaft entlassen, bleiben aber weiterhin unter Hausarrest. Geheimdienst-General Petko Kiproff, Mitglied der Untersuchungskommission und Chef der Archive im Innenministerium, behauptet: „Was in den Oppositionszeitungen steht, ist gelogen und übertrieben. In den Lagern haben fast ausschließlich Kriminelle und freche Hooligans gesessen.“

Ob Lagerhaft, Zwangsarbeit oder der Mord an Häftlingen eine angemessene Strafe für angebliche Rowdys seien, beantwortet der General mit einem Achselzucken: „Das ist das Gesetz des Lebens.“

Gewalt habe es schließlich immer gegeben: „Die Guillotine arbeitete während der Französischen Revolution wie eine Nähmaschine, und Straflager kannte Sibirien schon vor Stalin.“

Auch Staatspräsident Mladenoff will nicht weiter in der Vergangenheit wühlen. Zwar ließ er an einem Felsen im Steinbruch des Todeslagers Lowetsch eine gubeiserne Tafel anbringen mit der Aufschrift: „Nie wieder Gewalt, nie wieder Rechtsbruch. Wir verneigen uns vor den Opfern des Totalitarismus“. Aber bei der



Überlebende im Gulag Lowetsch*
„Das Verbrechen darf nicht verjähren“

Gedenkfeier seiner Partei, Mitte April, forderte er, „endlich einen Schlußstrich zu ziehen“.

Oppositionsanhänger lassen sich darauf nicht ein. Sie hatten in der Nacht vor der Parteifeier an einer unzugänglichen Steilwand ein Transparent angebracht mit der Aufschrift: „Die Mörder kehren an den Tatort zurück“.

Doch das tun auch die Opfer: Zu den angeblichen „Kriminellen“ oder „Hooligans“, die in Lowetsch eingesperrt waren, gehört auch Nikola Dafinoff, 48, damals ein Schüler von 17 Jahren. Sein Verbrechen bestand darin, daß er privat sieben Sprachen, darunter auch „kapitalistische“ wie Englisch, Französisch und Deutsch, lernte. Dafinoff: „Im Felsen arbeiteten Männer und Frauen von morgens fünf Uhr bis zur Dunkelheit, selbst am Sonntag mußten wir bis mittags schuften. Mit Loren wurden die Felsbrocken zur Steinmühle transportiert, was besonders mühsam war, wenn die verrosteten Gleise bei Regen und Schnee unter Wasser standen.“

„Männer und Frauen, Alte und Junge, jeder mußte 17 Kubikmeter Steine täglich abliefern. Doch die meisten Sträflinge waren Intellektuelle, denen schwere körperliche Arbeit fremd war. Kaum einer konnte die Norm erfüllen.“

Wer weniger ablieferte, bezog beim abendlichen Zählappell Prügel. Ohne Mühe kann der Ex-Häftling ein halbes Dutzend Namen der Mehrfach-Mörder

* Bojidar Witanoff, Nadja Ilkowa, Nikola Dafinoff vor der offiziellen Gedenktafel.

nennen: „Schacho der Zigeuner, Blago der Esel, Gantschod der Barbier“ und, die Schlimmste im Lager, „Julia die Schöne“. „Einen Schuß habe ich während meiner gesamten Lagerzeit nie gehört“, erzählt Dafinoff. „Die täglichen Toten, zwischen fünf und acht, sind alle an den Folgen der Schläge gestorben.“

Auf den Totenscheinen der Lagerverwaltung, heute im Archiv des Innenministeriums, sind die Todesursachen anders angegeben: Herzstillstand, Lungenentzündung, Gehirnerkrankungen, siebenmal sogar Hitzschlag – mitten im Winter. Die Leichen wurden in Säcke gesteckt und neben den Toiletten gestapelt, bis ein Lastwagen einmal in der Woche die Opfer abholte. „Vor allem im heißen Sommer stank es bestialisch“, erinnern sich Dafinoff und seine Leidensgenossin Nadja Ilkowa, 61.

Keiner der Häftlinge ahnte damals, was mit den Leichen geschah. Erst jetzt konnten andere Zeugen die Wahrheit bekanntmachen: Um keine Spuren zu hinterlassen, ließen die Gulag-Herren die Toten auf der Gefängnisinsel Belene in einem „Objekt 6“ genannten Bau den Schweinen zum Fraß vorwerfen.

Militärstaatsanwalt Boris Jotsoff, der im Lowetsch-Prozess die Anklage vertreten soll, auf die besorgte Frage von Bojidar Witanoff, ob er für seinen Freimut nun mit Unannehmlichkeiten rechnen müsse: „Von mir nicht. Aber Sie wissen ja, es gibt noch viele Stalinisten mit großem Einfluß in unserem Land.“

Deren Wut bekommt auch Petar Kornajeff zu spüren, der Vorsitzende des neugegründeten bulgarischen Anwaltsverbandes. Fast täglich gehen bei ihm Drohbriefe mit der Forderung ein, sich aus den Untersuchungen der kommunistischen Verbrechen herauszuhalten.

Kornajeff tut das genaue Gegenteil. Er klagt den Präsidenten Mladenoff öffentlich des Rechtsbruchs an, die Regierung und das Parlament wegen Verletzung der Verfassung. „Wir, die Bulgaren, haben in der Nachkriegszeit dreimal, zuletzt in der KSZE-Urkunde, feierlich unterschrieben, daß Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht verjähren können. Der Prozeß gegen die Mörder von Lowetsch muß geführt werden.“

Der Anwalt hofft auf den Sieg der Opposition bei den Parlamentswahlen: „Wir wollen mit Anstand und Würde auf das neue Europa zugehen.“